
Der sanfte Machtwechsel

Deutschland nach der Wahl: bunter, liberaler, aber berechenbar

Stephan Sattler

Die Weltwirtschaftskrise hat Deutschland keineswegs in dem Maße erschüttert, wie viele Beobachter zu Beginn des Jahres vermutet hatten. Die Republik verhielt sich im Wahljahr 2009 auffallend nüchtern und unhysterisch. Schon im Frühjahr setzten die Wahlforscher auf eine Mehrheit für CDU/CSU und FDP. Daran änderte ein eher spannungsloser Wahlkampf im Sommer nichts mehr. Daß Angela Merkel weiter Bundeskanzlerin bleiben würde, stand von Anfang an fest. Denn auch die einzige Alternative, eine Fortsetzung der bisherigen Großen Koalition, hätte ihr ja nicht das Amt kosten können. Ihre Dominanz überschattete die Wahlauseinandersetzung. Die von Merkel favorisierte Koalition aus CDU/CSU und FDP, im Politjargon »Schwarz-Gelb« genannt, erzielte eine klare Mehrheit im Bundestag und eine vorerst stabile im Bundesrat – eine in Deutschland treffliche Ausgangssituation, um zu regieren.

Eine andere Konstante bestimmte das Wahljahr: der Niedergang der SPD. Sie lag in den Umfragen der letzten neun Monate stets über 10 Prozent hinter ihrem Wahlergebnis von 2005, als ein furioser Wahlkampf des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder ihr noch 34,2 Prozent einbrachte. Der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier mühte sich redlich, vermochte aber das Debakel für seine Partei nicht abzuwenden. Weder die Ängste, die Weltwirtschaftskrise führe zu einer immensen Zunahme der Arbeitslosigkeit, noch die Spekulationen, das bestehende Wirtschaftssystem – in der linken Diktion: der westliche Kapitalismus – verliere durch die Finanzkrise an Zustimmung bei den Bürgern, halfen der großen linken Arbeitnehmer-Partei. Im Gegenteil: die Mehrheit der Wähler stimmte für die beiden Parteien, die die deutsche Variante des Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, seit 1949 propagieren. Dabei legt die CDU/CSU seit jeher ihren Akzent mehr auf das »Soziale«, während die FDP als wirtschaftsliberale Bewegung die Effizienz des »Marktes« betont. Wenn etwas bei der Wahl 2009 den Ausschlag gegeben hat, dann war es die Tatsache, daß diesmal SPD, die Linke und die Grünen es zusammen nur auf 45,6 Prozent (2005: 51 Prozent) brachten, die Parteien der neuen Koalition aber auf 48,4 Prozent (2005:45 Prozent). Die liberal-konservative Koalition unter Helmut

Kohl lag 1994 das letzte Mal vorne (1994: 48,7 Prozent, davon CDU/CSU 41,4, FDP 7,3 Prozent). Im Jahr der größten Finanz- und Wirtschaftskrise, wie es zumindest die deutschen Medien behaupten, hat also die Wählermehrheit nicht kapitalismuskritisch entschieden.

Es ist der Konsens mit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, an dem die Mehrheit der Deutschen festhält, der jeden Beobachter der Bundesrepublik auffallen muß. Und die relative Besonnenheit der Bürger trotz weitverbreitetem Krisengerede. Der 60. Jahrestag der Bundesrepublik wurde zwar am 23. Mai ohne großes Aufheben gefeiert, aber das erfolgreichste und stabilste Projekt in der deutschen politischen Geschichte seit den Napoleonischen Kriegen Anfang des 19. Jahrhunderts fand eben in diesem Wahljahr einmal mehr eine breite Anerkennung durch das Wählervotum. Diejenigen, welche einen anderen Staat haben wollen, wie die NPD, erhielten 1,5 Prozent. Die Partei »Die Linke« gehört nach ihrem Selbstverständnis nicht dazu. Sie ist zwar antikapitalistisch, NATO- und EU-feindlich, hat aber die Wiedervereinigung genauso anerkannt wie das Grundgesetz. Sie sieht sich vor allem als Sammelbecken der ostdeutschen Verlierer der Wiedervereinigung und als sozialistische Alternative zur SPD im Westen. Auf den ersten Blick also erlebt Deutschland nach der Wahl einen eher undramatischen, früh vorhergesagten Regierungswechsel innerhalb eines nach wie vor stabilen politischen und wirtschaftlichen Systems. Erst bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch Tendenzen, die sich in Zukunft keinesfalls in Wohlgefallen auflösen.

Vor allem vier Erscheinungen fallen ins Auge: die geringe Wahlbeteiligung, fast sieben Prozent weniger als 2005, die Wählerverluste der großen Parteien CDU/CSU und SPD, die Etablierung eines Fünf-Parteien-Systems im Parlament, das in Zukunft verschiedene, aber keineswegs stabile Parteikoalitionen favorisiert, und *last but not least* die Abwahl der SPD als Kanzlerpartei. Beginnen wir mit letzterem, der dramatischen Niederlage der SPD, dem Thema, das die Wahlforscher und die Wahlanalysiker nach dem 27. September fast noch mehr beschäftigte als die Rückkehr einer liberal-konservativen Koalition an die Regierung.

Die Niederlage der SPD

Mit dem Verlust von über 11 Prozent der Stimmen und einem bundesweiten Ergebnis von 23 Prozent erzielte die SPD das miserabelste Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik. Im Vergleich zur Wahl 2005 verlor sie über zwei Millionen Stimmen an die Nichtwähler, über 1,5 Millionen an die CDU/CSU und an die FDP, schließlich über 1 Million an die Linkspartei. Die Grünen favorisierten etwas weniger als 1 Million ehemalige SPD-Anhänger. Insgesamt hat die SPD am Wahltag nur noch 10 Millionen Wahlbürger für sich mobilisieren können. Im Jahr 2005 waren es noch um die 16 Millionen und im Wahljahr 1998, als SPD und Grüne nach 16 Jahren Helmut Kohl die Bundestagsmehrheit erzielten, fast 20 Millionen. Nach elf Jahren Regierungsverantwortung wurde die SPD, was ihren Wählerzuspruch angeht, auf die Hälfte reduziert. Damit geht ein wichtiges Element der bundesdeutschen Republik verloren: Die SPD kann den Anspruch als Kanzler- und Volkspartei nicht mehr glaubhaft vertreten. Ein demokratischer Wechsel der Regierungen, wie er 1969, 1982 und 1998 stattfand, scheint vorerst unmöglich. Das politische System verliert an Dynamik, weil die bipolare Konstellation – hier eine mehr rechte, dort eine mehr linke Großpartei, die den

Kanzler stellt und die eindeutige Führung in einer Koalition mit einer kleineren Partei, der FDP oder den Grünen, wahrnimmt – nicht mehr gegeben ist. 50 Jahre nach ihrem Godesberger Programm, als Herbert Wehner, Willy Brandt und Fritz Erler, aber auch der damalige Parteichef Erich Ollenhauer die SPD so modernisierten und zur Mitte hin öffneten, daß sie in der westdeutschen Bundesrepublik regierungsfähig werden konnte, sackt die Partei klar unter das Viertel des Wählerstimmens in eine Region, von der aus keine überzeugende Repräsentation der Gesamtgesellschaft gelingen kann, also das, was in Deutschland von einer Volkspartei erwartet wird, im Unterschied zu Kleinparteien, die ein Milieu oder eine Kombination von Milieus erfassen. Der hochgeschätzte 90jährige Altbundeskanzler Helmut Schmidt, Vorbild eines pragmatischen, regierungstüchtigen Politikers, muß das, was seiner Partei zugestoßen ist, wie der Absturz in die Hölle vorkommen.

Wie läßt sich dieses epochale Ereignis erklären? Der Leitartikler der Süddeutschen Zeitung Kurt Kister traf wohl des Pudels Kern: »Die SPD wurde halbiert. Der Wähler schlug sie entzwei, weil ihn die Partei stets mit einem doppelten Gesicht anblickte.« In der Tat: Vor allem in der Großen Koalition verfestigten sich der rechte und der linke Flügel der Partei zu zwei antagonistischen Bewegungen. Die Regierungs-SPD mit den Protagonisten Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, unterstützt vom Parteichef Franz Müntefering, hielten das Erbe Gerhard Schröders aufrecht: vor allem dessen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die unter dem abstrakten Titel »Agenda 2010« den Bedingungen einer demografisch schrumpfenden Gesellschaft und der Globalisierung der Märkte Rechnung tragen wollte und der Bundesrepublik bis zur Finanzkrise Ende 2008 ein unverhofftes Wachstum einbrachte – zum Vorteil der Großen Koalition.

Querschüsse der Linken

Dagegen opponierten die Linken in der SPD, die die Große Koalition innerlich ablehnten, besonders aber gegen die »Agenda-Politik« Schröders seit 2003 aufgebracht waren. Für sie galt es, die Sozialpolitik zu revidieren, wozu die Merkel/Steinmeier-Regierung natürlich nicht bereit war. Eine Zukunft für ihre Politik, die sie ideologisch und emotional als Kampf für »soziale Gerechtigkeit« ausgaben, bei der es sich aber um die alte sozialistische Umverteilungspolitik nach dem Gleichheitsprinzip handelte, sahen sie allein in einem Bündnis mit den Grünen und der Linkspartei, nach der neudeutschen Freude an der Farbenlehre »Rot-Rot-Grün« genannt. Während des ganzen Jahres 2009, vor allem nach der wiederholten Landtagswahl in Hessen, ließ sich die Zerrissenheit der Sozialdemokratie nicht mehr kaschieren. Während die Regierungs-SPD ein Bündnis mit der Linkspartei auf Bundesebene kategorisch ausschloß und der Kanzlerkandidat Steinmeier immer wieder vor Journalisten bekennen mußte, mit Lafontaine und Gysi, den von den Fernsehanstalten gehätschelten Dioskuren der Linkspartei, sei wegen ihrer NATO- und EU-Ablehnung kein Staat zu machen, schürten Wahlkämpfer der Links-SPD an ihren Ständen Hoffnungen auf »Rot-Rot-Grün«. Das mußte ins Auge gehen. Die SPD verlor nach allen Seiten, für Wahlforscher der schlimmste Fall, der einer Partei widerfahren kann.

Statt aber nach der Niederlage erst einmal Einkehr zu halten und über den Akt der Selbsterstörung und seine Folgen nachzudenken, wurden in der SPD überhastig Deutungen der Niederlage festgeklopft. Dabei setzte sich die Interpretation der Linken

durch und wurde auch von der Mehrheit der Medien geteilt: Schuld am Niedergang der Partei habe die Regierungs-SPD mit ihrer Fixierung auf Schröders »Neue Mitte« und auf dessen Zeitgeist-Opportunismus – damit ist die Orientierung an der Angebots-Ökonomie, der Marktgläubigkeit und Deregulierung in der Zeit vor der Finanzkrise gemeint. Auch das Merkel/Steinbrück-Management der Finanz- und Wirtschaftskrise habe der SPD geschadet, weil das einträchtige Agieren der Regierung, einen konfrontativen, kapitalismuskritischen Wahlkampf verhindert habe. Die Rücksicht auf Regierungsvereinbarungen der Großen Koalition, auch das Festhalten am Bundeswehreinsatz in Afghanistan habe der Linkspartei die Wähler zugetrieben. Die erste Forderung nach der Wahlschlappe, die aus der SPD zu vernehmen war, kam aus dem Berliner Landesverband, der Parteiorganisation des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit: Die Tabus gegen die Linkspartei auf Bundesebene müssen aufgegeben werden. Das Dilemma der Linken in der SPD, die jetzt in den Gremien und Parteitagen über satte Mehrheiten verfügen, besteht nun aber darin, daß sie über keine populären Kandidaten verfügen und damit in Zukunft nicht mit besseren Wahlchancen aufwarten können. Der neue Parteichef Sigmar Gabriel, ein rhetorisch begabter Politiker, und Frank-Walter Steinmeier als Vorsitzender der erheblich kleineren Bundestagsfraktion, werden sich darauf einstellen müssen, von der linken Mehrheit instrumentalisiert zu werden.

Die Stärke der Linken in der SPD beruht darin, daß sie über lange Zeit die Mehrheit der aktiven Mitglieder erobert haben. Ihre Anhänger verstehen sich auf die »Diktatur des Sitzfleisches«, die ausdauernde Präsenz in den einzelnen Gliederungen, Gremien und Kommissionen der Partei, und das sture Festhalten an der Doktrin, daß das soziale Gefälle der Gesellschaft das Grundübel menschlichen Daseins ausmache. Der große Mitgliederschwund seit 1998 – von 775.000 auf etwa 500.000 Mitglieder – mag den Parteilinken entgegengekommen sein. Deren große Fehleinschätzung liegt nun aber darin, daß sie nicht wahrhaben wollen, daß es für zwei linke Parteien in Deutschland keinen Platz gibt. Eine Partei, für die Andrea Nahles, die neue Generalsekretärin, firmiert, und eine Partei, die von dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oscar Lafontaine angeführt wird, stehen sich im Wege, solange sie sich nicht vereinigen.

Im politischen Abseits

Es hat bei dieser Wahl keinen Linksrutsch gegeben, ganz im Gegenteil. Aber ausgerechnet dieser Tatbestand verleitet die SPD, die Mitte zu verlassen und dort wieder anzukommen, von wo sie das Godesberger Programm einst herausgeführt hat, in der linken Ecke, wo es sich ohne Regierungshandeln, ohne die Bürde der Verantwortung, wunderbar von der Weltverbesserung träumen und reden läßt. Auf einen kompetenten Politiker der SPD in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, also auf einen wie Peer Steinbrück, wird man in Deutschland sehr lange warten müssen. Der Herausgeber der »Zeit«, Michael Naumann, 1998 bis Ende 2000 Staatsminister für Kultur und Medien, rechnet mit einem oder zwei Jahrzehnten Regierungspause für die SPD. Diese Einschätzung setzt optimistisch voraus, daß die SPD überlebt und sich erneuern kann.

Die drei weiteren Tendenzen, die oben erwähnt wurden, stehen in engen Zusammenhang zu der hier ausgiebig behandelten Tendenz der SPD, ins politische Abseits zu gleiten. Vor allem die geringe Wahlbeteiligung – nach der CDU/CSU stellen die

Nichtwähler mit 29,2 Prozent den zweitgrößten Block der wahlberechtigten Stimmen dar – geht zu einem erheblichen Teil auf enttäuschte oder frustrierte SPD-Wähler früherer Wahljahre zurück. Nicht wenige Kommentatoren sehen in der Wahlenthaltung eine beunruhigende Distanzierung der Bürger von den demokratischen Parteien, vielleicht gar vom politischen System. Das mag zum Teil stimmen, obwohl eine Radikalisierung an den Rändern der Gesellschaft zur Zeit nicht ausgemacht werden kann. Problematischer, weil den Wahlmuffel in seiner Passivität unterstützend, erscheint aber die mediale Dauerpräsentierung von Umfrageergebnissen und Wahlprognosen – sie tut so, als ob die Stärke der Parteien und der Ausgang der Wahl schon feststehe.

Demoskopie lähmt Wahlbeteiligung

Demoskopie lähmt offensichtlich die Partizipation in der Demokratie. Wer alles über die Chancen der Parteien schon zu wissen meint, fragt sich, ob ein Engagement für eine Partei, und bestünde es nur im Gang zur Wahlurne, überhaupt den Aufwand lohnt. Die Ergebnisse der quantifizierenden Sozialforschung entwerfen ein objektivierendes Bild von den Parteien. Sie fördern den Diskurs in den Medien über Parteien, unterminieren aber das subjektive Einstehen und Sich-Entscheiden für eine Partei. Die Wahlforscher haben in diesem Jahr eine imponierend genaue Vorhersage des Wahlausganges getroffen, so gut wie noch nie in einem Wahljahr. Gleichzeitig registrierte man in diesem Jahr die niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Zusammenhang von Demoskopie und Abstinenz von demokratischer Partizipation bedarf einer kritischen Auseinandersetzung übrigens in allen europäischen Staaten. Die anderen Fragen, ob der Indifferentismus in Lebensfragen, der Hedonismus und der Utilitarismus vieler Zeitgenossen den Überdruß an der liberalen Demokratie steigert oder ob langeingelebte, demokratische Verhältnisse schießlich – in einer ungewollten Dialektik – ihre eigene Negation hervorbringen, sind kulturkritischer und philosophischer Natur. Sie sollten erwähnt werden, auch wenn sie hier nicht auszudiskutieren sind.

Die andere Tendenz, die stetigen Verluste der großen Parteien, spiegelt die zunehmende Liberalisierung der deutschen Gesellschaft seit den neunziger Jahren wieder. Darunter leidet die SPD mehr als die CDU/CSU. Die Generationen, die in der freiheitlichen Bundesrepublik unter historisch nie da gewesenen Wohlstandverhältnissen aufwuchsen und durch Jugendrevolutionen, vor allem aber durch die danach einsetzende, permissive Jugendkultur geprägt wurden, bestimmen heute das öffentliche Klima der Republik. Kirchliche, bäuerliche, ländliche und gewerkschaftliche Milieus, die Bastionen der CDU/CSU und der SPD, wurden geschliffen. An die Stelle weltanschaulicher Bindungen an Großparteien tritt die Bereitschaft, die eigene subjektive Weltsicht ins Spiel zu bringen und von der Wahlfreiheit dergestalt Gebrauch zu machen, daß man seinen wechselnden Parteipräferenzen folgt oder einfach nicht zur Wahl geht.

Die Großparteien verloren in dieser Wahl gewiß auch wegen der Großen Koalition, einem vor allem in den Medien wenig geschätzten Modell. Das Lagerdenken, hier die »Bürgerlichen«, dort die »Linken«, war zu stark, um die Erfolge von »Schwarz-Rot« anerkennen zu können, etwa das Management der Finanz- und Wirtschaftskrise seit Oktober 2008, das eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise von 1929 mit Glück und Geschick verhinderte. Der Antagonismus zwischen den zwei

historischen deutschen Kanzlerparteien CDU und SPD, der die beiden Parteien für ihr Zusammengehen ab 2005 strafte, fällt aber bei der Ursachenforschung für deren Stimmenrückgang, für deren Absacken unter 35 Prozent – einst war die CDU/CSU auf über 40 Prozent abonniert – längst nicht derart ins Gewicht wie der tiefgehende Umwandlungsprozeß der Liberalisierung. Er erschütterte die CSU in Bayern, die immer glaubte, 50 plus X Prozent Wähler binden zu können (die CSU erhielt 42,5 Prozent der Zweitstimmen) und er förderte die kleinen Parteien in der Opposition: die FDP (plus 4,8 Prozent), die Linke (plus 3,2 Prozent) und die Grünen (plus 2,6 Prozent). Damit wurde die letzte der oben erwähnten Tendenzen gestärkt.

»Farbenlehre« für fünf Parteien

Mit dem etablierten System von fünf Parteien ergeben sich auf Länder- und Bundesebene unterschiedlichste Parteibündnisse. Der heutigen Politmode nach spricht man von einer »bunten Republik«. Im Hamburg regiert »Schwarz-Grün«, in Bremen »Rot-Grün« und im Saarland »Schwarz-Gelb-Grün«. In den meisten westdeutschen Ländern herrscht »Schwarz-Gelb« vor. In Berlin und Brandenburg etablieren sich »rot-rote« Bündnisse, während in Mecklenburg-Vorpommern »Rot-Schwarz« zu überleben trachtet. Die Rede von den Farben scheint daraufhin zu deuten, daß die programmatisch-ideologische Orientierung kaum mehr für das Alleinstellungsmerkmal der Parteien gehalten wird. Dennoch: Das Links-Rechts-Schema ist noch längst nicht außer Kraft gesetzt. Noch kann keine der fünf Parteien mit jeder anderen koalieren, auch wenn sich das viele deutsche Leitartikler bei Beschwören der allgemeinen Liberalisierung der deutschen Gesellschaft wünschen. So will außer den linken Sozialdemokraten niemand mit der Linken zusammengehen, einem recht heterogenen Verein aus frustrierten westdeutschen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten und ostdeutschen Postkommunisten. Letztere lieferten mit ihrer Rückkehr in die politische Arena nach 2002 ein eher abstoßendes Lehrstück, wie man durch trickreiches Taktieren und unterwürfiges Mitregieren – wie im Berliner Senat – ein nicht mehr für möglich gehaltenes Comeback herbeiführen kann. Das Gegeneinander von stasigeschulten Realos und einigen sturen Ideologen des »Historischen Materialismus« innerhalb der Linken vermag keineswegs den Eindruck von innerparteilicher Demokratie erwecken.

Die wenig erfreuliche Zusammensetzung und Herkunft der Linkspartei hat bislang die Grünen dazu bewogen, auf Länderebene Distanz zu ihr zu halten und die Sozialdemokraten, vor allem im Saarland, mit einer Verweigerung von »Rot-Rot-Grün« zu enttäuschen. Sie verzeichnen seit 1998 ein nachhaltiges – um in ihrem Sprachgebrauch zu bleiben – Wachstum. Ihre Mitglieder vereint eine stabile Weltsicht, wie sie sonst nur bei Glaubenskongregationen anzutreffen ist. Wahlforscher schreiben ihnen zu, über weitaus bessere Einkommen zu verfügen als durchschnittliche Sozialdemokraten oder Christdemokraten, ja am oberen Rand der breiten Mittelschichten angesiedelt zu sein und zumindest soziologisch der FDP-Mitgliedschaft und -Wählerschaft zu ähneln, aber eben ökologischer, linker, multikultureller ausgerichtet zu sein. Trotz dieser guten Verfassung der Grünen geraten sie in nächster Zukunft wahrscheinlich in große Spannungen, wenn sie in Hamburg mit der CDU, im Saarland mit CDU und FDP, auf Bundesebene aber in Nibelungentreue zum »rot-grünen« Bündnis stehen. Deren größte Versuchung stellt zwar die CDU dar, aber das befreit sie von dem Zwiepsalt: Geht sie mit ihr weitere Bündnisse ein, verliert sie den Status einer linken Par-

tei und provoziert Identitätsdebatten. Verharrt sie in der linken Verortung, bringt sie sich auf Dauer um politische Gestaltungschancen und verausgabt sich innerhalb des linken Lagers, wo drei Parteien um die genuine soziale Politik kämpfen. Die Zukunft der Grünen erscheint demnach keinesfalls rosig.

Die FDP endlich, die große Gewinnerin der Wahlen, hat erreicht, was sie seit elf Jahren propagiert, die Rückkehr zur liberal-konservativen Koalition. Ihr bestes Bundestagsergebnis seit ihrem Bestehen (14,6 Prozent) verdankt sie wirtschaftsliberalen Anhängern der CDU /CSU, für die eine Große Koalition untragbar geworden war. Der Wirtschaftsliberalismus ist ihre Stärke, aber die FDP besetzt auch wieder andere Politikfelder, etwa Außenpolitik und Justizpolitik. Ihr Manko im Fünf-Parteien-System besteht darin, daß sie eigentlich glaubwürdig nur mit der CDU/CSU koalieren kann, es sei denn, daß sich Dreier-Koalitionen mit der CDU und den Grünen ergeben. Dazu müßte aber in der bunten, liberalen Republik das Lagerdenken – hier die Bürgerliche, dort die Linken – weiter eingeebnet werden, was sicher noch seine Zeit braucht. Derzeit muß die FDP ihre Chance in erfolgreicher Regierungsarbeit mit der CDU/CSU suchen und darauf vertrauen, daß ihr Strahlemann, Guido Westerwelle, als Außenminister an Popularität hinzugewinnt.

Durchschreitet man also die deutsche Parteienlandschaft, dann offenbaren die vorherrschenden Tendenzen, daß vieles liberaler, und bunter geworden ist, aber eben auch unübersichtlicher, weil die SPD als Kanzlerpartei der linken Mitte verschwunden ist. Eine gewisse Labilität des politischen Systems, die seit der deutschen Vereinigung zu beobachten ist, schreitet fort. Die geistig-politische Auseinandersetzung flacht sich immer mehr ab. Dafür behauptet sich ein vitales Kulturleben in Deutschland, das viele ausländische Besucher für vielfältiger und interessanter als in Großbritannien oder Frankreich halten.

Deutschland bleibt berechenbar

Vor allem aber bleibt Deutschland berechenbar. Das ist der Bundeskanzlerin Angela Merkel geschuldet. Entgegen allen Erwartungen hat sie sich in der Großen Koalition als kluge Moderatorin bewährt, und als strategisch konsequente Machtpolitikerin. Das Unbehagen der SPD in der Großen Koalition hat sie beharrlich dazu ausgenutzt, ihrer Partei ein soziales, für rechte SPD-Wähler attraktives Profil zu geben. Diesmal ist damit zu rechnen, daß sie in den nächsten vier Jahren, zumindest einen Teil der zur FDP gewanderten Wähler wieder zurückholt. Ihrer Lernfähigkeit ist es zuzutrauen, daß sie sich wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz verschafft, allein schon deswegen, weil die nächsten Regierungsjahre vor allem davon bestimmt sein werden, wie man Sparsamkeit üben und dennoch Wachstum generieren kann.

In Europa wie auf der Weltbühne hat Angela Merkel die deutsche Position derart vertreten, als ob sie bei Adenauer, Brandt und Kohl gemeinsam in die Schule gegangen wäre. Deutsches Auftrumpfen ist ihr völlig fremd. Sie weiß um die Hypotheken deutscher Vergangenheiten, sie setzt auf die europäische und transatlantische Verankerung Deutschlands und sie erkennt die ungeheure Dynamik in der Weltpolitik, die durch globale und interdependente Märkte und durch konkurrierende, wenn auch nicht mehr ideologisch verhärtete Machtzentren bestimmt wird. Im Unterschied zu Schröder und Steinmeier macht sie sich keine Illusionen über das deutsch-russische Verhältnis. Sie kennt die Ängste osteuropäischer Staaten. Wie sie auf die Probleme

reagiert, die den Spannungen innerhalb der islamischen Welt entspringen, siehe Afghanistan, Pakistan sowie Nahost, und wie sie damit umgeht, daß die USA ihre globale Machtpräsenz zurückfahren und auf »soft power« und Diplomatie setzen, darin wird ihre außenpolitische Prüfung in den nächsten Jahren bestehen. Da sie auf Moderation und Augenmaß vertraut, werden in den nächsten Jahren von Deutschland aus keine Irritationen zu erwarten sein, auch nicht in der Weltklimapolitik. Der vom Ratifizierungsprozeß des Lissabon-Vertrages recht erschöpften EU wird sie neue Impulse geben müssen.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise erlauben es Angela Merkel kaum, mit ihrer neuen Koalitionsregierung einschneidende Reformen durchzuführen. Der Machtwechsel wird darum sanft vollzogen werden. Vor allem die FDP-Wählerschaft wird einige Enttäuschungen hinnehmen müssen. Steuersenkungen, das tollkühne Versprechen der schwarz-gelben Parteien im Wahlkampf, werden sicher gering ausfallen und zeitlich gestreckt. Die immensen Schuldenberge der öffentlichen Haushalte – allein die Schulden des Bundes belaufen sich auf Zinszahlungen von über 42 Milliarden Euro, dem zweitgrößten Etatposten – schränken die Handlungsspielräume der neuen Regierung beträchtlich ein. Es geht vor allem darum, das Gefühl abzubauen, man lebe schon längst nicht mehr von den Zinsen, sondern verbrauche das Kapital. Dem Zwang zum Sparen muß eine, vielleicht noch wichtigere, Politik folgen, nämlich alle Chancen zu mehr Wachstum wahrzunehmen. Das erfordert einen Balanceakt, dessen Gelingen man einer Merkel-Regierung nicht mißgönnen sollte. Hat die Bundeskanzlerin nicht mit viel Nüchternheit die Herausforderungen der Finanzkrise angegangen? Warum sollte sie das nicht wiederholen können? Ein englischer Freund hat dem Verfasser dieser Zeilen zugerant: »Angela Merkel ist vernünftig, berechenbar, international anerkannt, aber was sie jetzt braucht, ist Glück. Das muß man ihr einfach wünschen.«